

Forderungen der Studierenden ernst nehmen – Studium studierbar machen (Plenarsitzung vom 16.12.2009)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Herr Sagel.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Studierenden honorieren das in der Form, dass sie zu Zehntausenden auf die Straße gehen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wie viele?)

– Zu Zehntausenden gehen sie auf die Straße, ja, auch wenn Sie es noch nicht wahrgenommen haben. Kollege Witzel hat es gerade aus seiner Sicht dargestellt:

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

„linke Spinner“. Mich würde übrigens interessieren, Herr Minister, ob Sie dem zustimmen, was Ihr Kollege Witzel von der FDP gerade gesagt hat, ob die Studierenden, die in Nordrhein-Westfalen gerade auf die Straße gehen, auch für Sie „linke Spinner“ sind. Sie haben sich ja kürzlich zumindest etwas bewegt, indem Sie Gespräche angeboten und die, soweit ich weiß, auch durchgeführt haben. Mich würde interessieren, ob Sie das, was Herr Witzel zum Besten gegeben hat, so unterschreiben würden. Es ist eine sehr besondere Art und Weise, wie Sie mit den Studierenden in Nordrhein-Westfalen umgehen, Herr Witzel. Aus meiner Sicht sagt Ihr Umgang mit den jungen Leuten etwas über Ihr Menschenverständnis aus.

Es ist auch sehr interessant, wenn Sie Erfolge, mit denen Sie – weiß Gott! – überhaupt nichts zu tun haben, als Ihre Erfolge reklamieren. Bei anderen Themenbereichen wollen Sie mit der Vergangenheit nichts zu tun haben und zeigen mit dem Finger darauf. Wenn es aber um die Frage geht, wie viele Hochschulen es gibt, und darum, dass es jetzt eine Eliteuniversität in Aachen gibt, dann sind das auf einmal Errungenschaften, die vor allem auf die FDP in Nordrhein-Westfalen zurückzuführen sind. Das ist schon ein sehr merkwürdiges Geschichtsverständnis, das Sie hier an den Tag legen.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Das will ich Ihnen auch einmal deutlich in Richtung FDP, der großen freiheitlichen Partei in Nordrhein-Westfalen, sagen, deren Vertreter die Studierenden, die für ihre Interessen auf die Straßen gehen, beschimpfen. Ich glaube, dass Sie in den vergangenen Wochen sehr deutlich die Quittung für Ihre Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen erhalten haben.

Es genügt offensichtlich nicht, dass der UN-Sonderberichterstatter 2007 das Recht auf Bildung in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland reklamiert und aufs Schärfste kritisiert hat, wie die Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aussieht. Man muss sich in der Tat fragen: Was ist seitdem geschehen? Da müssen offensichtlich Schüler und Studierende erst täglich auf die Straße gehen und für bessere Bildung und für die Studierbarkeit ihrer Fächer streiten, bis Sie endlich einmal eine Reaktion zeigen.

Mit dem Bildungsstreik der vergangenen Wochen wehren sich Studierende, Schülerinnen und Schüler zu Recht gegen eine Politik, die ihnen ihre Zukunft systematisch verbaut. Der Geldbeutel der Eltern – das ist inzwischen international Gemeingut – entscheidet in Deutschland über den Zugang zu Bildung und Lebenschancen. Wenn man sich anschaut, wer in Deutschland studiert, dann stellt man fest: Ob jemand studiert, ist in der Tat vom Geldbeutel abhängig. Das ist genau die Politik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen. Sie bevorzugen mit den Studiengebühren, die Sie in Nordrhein-Westfalen eingeführt haben, diejenigen, die reiche Eltern haben. Das ist Ihre Politik.

An allen Ecken und Enden fehlt es an Geld für Kitas, für Schulen, für Hochschulen. Hunderttausende von Jugendlichen befinden sich in Warteschleifen, da es an qualifizierten Ausbildungs- und Studienplätzen mangelt. Das ist die traurige Bilanz der Bildungspolitik, ja, der so glorreichen Bildungspolitik – wie Sie es hier dargestellt haben – von CDU und FDP.

Beinahe täglich erfährt die Öffentlichkeit, dass die Bildungspolitik der NRW-Regierung eine Herzensangelegenheit sei. Das haben wir heute auch wieder gehört. Die Mühle klappert. Nur: Es kommt kein Mehl. Immer noch sind die Ausgaben der Landesregierung pro Schüler im Land im bundesweiten Vergleich die geringsten. Immer noch setzen Sie auf soziale Auslese und Privatisierung der Bildungskosten.

Es ist höchste Zeit, dass sich daran etwas ändert. Der Bildungsstreik hat deshalb die volle Unterstützung der Linken. Wir setzen uns für eine grundlegende Bildungsreform ein. Zentrale Forderungen sind eine bessere Finanzierung von mindestens 7 % des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Bildungsausgaben, ein Ende der föderalen Bildungskleinstaaterei, Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Ende der Schulzeit, und dies in einer Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder und Jugendlichen möglichst lange gemeinsam solidarisch lernen, und nicht zuletzt die Abschaffung der Studiengebühren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie kommen zum Schluss, ja.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Ich komme zum Schluss.

Ich kann Ihnen nur sagen: Nehmen Sie sich ein Beispiel an Dänemark. Jeder Studierende bekommt dort monatlich 607 € Unterstützung vom Staat. Wäre dies Ihre Politik, wären Sie nicht länger auf der schwarzen Liste der UNO, und die Schüler und Studenten hierzulande könnten eigenverantwortlich lernen, anstatt immer wieder vergeblich auf die Straße gehen zu müssen. Das wäre eine Maßnahme; aber davon ist bei Ihnen nichts zu sehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.